

Gift in Kinderspielzeug verbieten

Kinderspielzeug ist mit Giften belastet – und das in erschreckendem Ausmaß. Das hat die Stiftung Warentest laut der Ausgabe vom November 2010 ihrer Zeitschrift „test“ erneut festgestellt. Von den 50 untersuchten Produkten waren über 80 Prozent belastet. Ob Holzbausteine oder –puzzles, Plüschtiere, Puppen und Plastikspielzeug: Sie enthielten Formaldehyd, Phthalate (Weichmacher), PAKs (polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe), kritische Farbstoffe und Nonylphenol – Stoffe, die als krebserregend gelten oder Allergien auslösen können, einige verändern das Erbgut oder sind fortpflanzungsschädigend.

Gewarnt wird regelmäßig

Doch so beängstigend diese Ergebnisse sind, die Probleme sind nicht neu. Regelmäßig warnen die RAPEX-Meldungen der EU vor giftigem Spielzeug – mit steigender Tendenz. RAPEX ist das Schnellwarnsystem der Europäischen Union zu gefährlichen Konsumgütern, das wöchentlich über Gefahren informiert.

Besonders stark betroffen ist Spielzeug, das aus Nicht-EU-Ländern, mit niedrigen Umwelt- und Sicherheitsstandards, eingeführt wird. Diese Importware macht heute mit 80 Prozent den Löwenanteil auf dem deutschen Spielzeugmarkt aus.

EU-Spielzeugrichtlinie reicht nicht aus

Allerdings wurden die notwendigen Konsequenzen aus den bisherigen Spielzeugskandalen nicht gezogen. So reichen die in der EU-Spielzeugrichtlinie festgeschriebenen Vorgaben zum Schutz der Kinder vor gefährlichem Spielzeug nicht aus. Im Gegenteil, die neue EU-Richtlinie brachte wenig Verbesserungen und teilweise sogar Verschlechterungen. Es wurden zwar 55 Allergie auslösende Duftstoffe verboten, aber leider wurde auf ein komplettes Verbot dieser überflüssigen Substanzen verzichtet. Und die Werte für die Ablösung von



15 000 Stunden hat ein sechsjähriges Kind im Durchschnitt sein Spielzeug in die Hand und in den Mund genommen. Zunehmend sind Kinder von Allergien, Umweltkrankheiten über Hormonstörungen bis hin zu Krebserkrankungen betroffen.

Deshalb müssen gefährliche Substanzen in Kinderspielzeug verboten werden, denn Spielzeug soll Freude bringen und nicht krank machen.

Schwermetallen z. B. durch den Schweiß von Kinderhänden oder den Speichel aus Kindermündern (Migrationswerte) liegen jetzt höher als zuvor: So stieg der Wert für Quecksilber von 60 Milligramm pro Kilogramm auf 94 Milligramm.

Die in der Produktion eingesetzten Stoffe werden immer vielfältiger. Und offensichtlich stellen sich immer weniger Hersteller ihrer Verantwortung für den Schutz der Kindergesundheit. Hinzu kommt die zunehmende Überlastung der Marktüberwachungsbehörden, die die Kontrolle der Einhaltung der rechtlichen Vorgaben erschwert.

Politik muss für Verlässlichkeit sorgen

Eltern und Großeltern müssen keine Chemieexperten sein, sie sollen sich darauf verlassen können, dass auf dem Markt erhältliches Spielzeug keine Gefahr für die Gesundheit ihrer Kinder und Enkel ist. Die Politik ist hier gefordert, die Rahmenbedingungen richtig zu setzen.

Gifte im Spielzeug verbieten

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb mit ihrer „Offensive für einen wirksamen Schutz der Kinder vor Gift in Spielzeug“ bereits im Juni einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Spielzeugsicherheit vorgelegt.

Darin fordern wir, dass für Spielzeug die gleichen strengen Vorgaben gelten wie für sog. Lebensmittelkontaktmaterialien wie z. B. Lebensmittelverpackungen. Denn Kinder nehmen Spielzeug in den Mund, kauen oder lutschen daran.

Krebserregende, erbgut- und fortpflanzungsschädigende Stoffe haben in Kinderspielzeug nichts zu suchen. Wir fordern ein komplettes Verbot, auch für Allergie auslösende Stoffe und für giftige Schwermetalle.

Und wir wollen Hersteller verpflichten, die Sicherheit von Spielzeug durch unabhängige Dritte wie z. B. den TÜV überprüfen zu lassen, bevor sie in den Handel gelangen.

Außerdem wollen wir, dass die Zuständigkeiten für die Sicherheit von Kinderspielzeug im Verbraucherschutzministerium gebündelt werden, anstatt sie wie bisher auf vier Ministerien zu verteilen. Damit soll eine schnellere und konsequentere Handlungsfähigkeit ermöglicht werden.

Darüber hinaus soll eine benutzerfreundliche öffentlich zugängliche Datenbank für Spielzeug eingerichtet werden.

Darin sollen die Kontrollergebnisse der Marktüberwachung der Länder und des Zolls unter Nennung von Hersteller- und Produktnamen zusammengeführt und die Inhaltsstoffe der Spielzeugprodukte deklariert werden.

Schwarz-Gelb redet viel und tut nichts

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits vor der Verabschiedung der neuen EU-Spielzeugrichtlinie deutlich gemacht, dass diese für den Schutz der Kinder vor Giften in Spielzeug und Kuscheltieren nicht ausreicht. Der Bundestag hat deshalb bereits im März 2008 mit breiter Mehrheit und den Stimmen aus allen Fraktionen auf Initiative der Sozialdemokraten einen entsprechenden Antrag beschlossen. Auch, wenn wir gegen unseren damaligen Koalitionspartner – die Union – einige Forderungen nicht durchsetzen konnten, war darin u.a. unsere Kernforderung enthalten, an Kinderspielzeug aus Kunststoffen die gleichen Anforderungen wie an Lebensmittelverpackungen zu stellen.



SPD fordert: Gleiche Anforderungen für Spielzeug wie für Lebensmittelverpackungen

Trotz der Einigkeit im Parlament in der vergangenen Legislaturperiode hat Verbraucherministerin Aigner (CSU) es versäumt, ihre zuvor angekündigte Initiative zur Überarbeitung der EU-Spielzeugrichtlinie in Brüssel persönlich vorzustellen. Doch nicht nur das, Schwarz-Gelb hat im Europäischen Parlament auch verhindert, dass eine verpflichtende und europaweite Überprüfung durch Dritte von Spielzeugen eingeführt wird. Und auch auf nationaler Ebene hat Schwarz-Gelb bislang nicht mehr als Lippenbe-

kenntnisse zu bieten: Die Interessen der Wirtschaft gelten ihnen mehr als die Gesundheit der Kinder.

Die Möglichkeit, notfalls auch auf nationaler Ebene Spielräume für Verbesserungen zu nutzen, klammert Schwarz-Gelb aus. Nicht einmal das Problem der auf vier Ministerien verteilten Zuständigkeit für die Spielzeugsicherheit will die Regierung angehen. Und wie ernst es ihnen mit der Einführung einer verpflichtenden Überprüfung der Sicherheit von Kinderspielzeug durch unabhängige Dritte ist, wird sich zeigen. Verbraucherministerin Aigner beteuert indes öffentlichkeitswirksam, dass sie alles tun werde, um die Sicherheit von Spielzeug zu verbessern. Dabei ist sie gar nicht zuständig: Die Federführung für Spielzeugsicherheit hat Wirtschaftsminister Brüderle.

Hierauf sollten Sie achten:

Solange es noch keine verpflichtende Überprüfung von Kinderspielzeug gibt, sollte beim Kauf darauf geachtet werden, dass das Spielzeug über ein „GS“-Siegel verfügt. GS steht für geprüfte Sicherheit. In diesem Fall hat der Hersteller das Spielzeug freiwillig durch eine unabhängige Institution überprüfen lassen.

Zudem sollten Sie nach ablösbaren Kleinteilen Ausschau halten und auch auffälliger Geruch ist ein wichtiges Warnsignal.

Unter www.rapex.eu können Sie die wöchentlichen Meldungen über gefährliche Konsumgüter aufrufen, die dort jeden Freitag veröffentlicht werden.

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN,
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
FOTOS: © KLAUS VYHNALEK (TITEL), XXEE | REHVOLUTION.DE / PHOTOCASE.COM
(S. 2/3), BILDERBOX.COM (S. 4)

TEXT: IRA KRIESCHE | **REDAKTION:** ANJA LINNEKÜGEL

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Gefährliche Spielkumpane

Sicherheit von Kinderspielzeug verbessern

NACHHALTIGER FORTSCHRITT

